Nummer 324

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Fischer, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sports: Gerhard Bentzen, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Freitag, 13. Juli 1928

Viglieri-Gruppe gerettet.

EP Mailand, 13. Juli.

Nach der Rettung Mariannos und Zappis hat sich der Eisbrecher „Krassin" gegen die Insel Foyn vorgearbeitet. Er erreichte noch am Donnerstagabend die Gruppe Viglieri und rettete sie.

Der „Corriere della Sera" erfährt aus Moskau: Ein kurzer Funkspruch an das russische Hilfskomitee teilt mit, dem „Krassin" sei es gelungen, sich einen Weg durch das Eis zu bahnen und die Schiffbrüchigen zu sichten. Eine Abteilung Matrosen wurde auf dem Packeis gelandet, die zum roten Zelt gelangten und rasch mit der gesamten Gruppe zurückkehrten. Die Nachricht rief große Begeisterung hervor. Ein Funkspruch der „Città di Milano" bestätigt die Rettung, die Donnerstag, 21 Uhr, erfolgte.

EP Rom, 13. Juli.

Die vom Eisbrecher „Krassin" gerettete Gruppe Viglieri besteht aus Marineleutnant Viglieri, dem verletzten Maschinenmeister Cessioni, dem tschechischen Professor Behounek, dem Ingenieur Trojani und dem Funker Biagi.

Auch die Ballon-Gruppe entdeckt?

EP Moskau, 13. Juli.

Wie von Bord des „Krassin" gemeldet wird, wurden bei der gestrigen Fahrt zur Viglieri-Gruppe an der Absturzstelle des Luftschiffes einige Männer gesichtet, die Flaggenzeichen gaben. Es wurde ihnen geantwortet, daß sie auf dem Rückwege vom roten Zelt an Bord genommen würden. Der Leiter der Expedition, Prof. Lampilovitsch, vermutet, daß es sich um die Alpini handelt, die zur Aufsuchung der Viglieri-Gruppe unterwegs waren.

Das Martyrium Malmgrens.

Moskau, 13. Juli.

Die geretteten Mitglieder der Malmgren-Gruppe, Mariano und Zappi, erklärten dem Korrespondenten der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion an Bord des Eisbrechers „Krassin", Malmgren sei mit erfrorenen Beinen und beim Absturz der „Italia" erlittenem Armbruch auf seinen Wunsch vor einem Monat von ihnen beiden der Insel Broeverlassen worden, da ihm die Kräfte fehlten, weiterzumarschieren. Sie selbst seien auf der treibenden Eisscholle geblieben.

Kingsbay, 12. Juli.

Wie hier bekannt wird, ist Malmgren bereits am 15. Juni erfroren. — Die „Braganza" wird versuchen, dem russischen Flieger Tschuchnowski und seinen Begleitern Hilfe zu bringen. — Der Gesundheitszustand Nobiles hat sich gebessert.

Weitere Ausdehnung des Hungerstreiks in Sonnenburg

300 von 482 verweigern die Nahrungsaufnahme.

B. S. Der Hungerstreik der Strafgefangenen in der Strafanstalt Sonnenburg hat am heutigen Freitag ganz erheblich an Ausdehnung zugenommen. Während gestern nur insgesamt 66 Strafanstaltsinsassen, darunter 25 politische Gefangene, die mit der Aktion begonnen hatten, beteiligt waren, sind heute von 482 Gefangenen 300 in den Hungerstreik getreten und verweigern die Aufnahme jeder festen Nahrung. Der Hungerstreik hat also auf die kriminellen Gefangenen, unter denen sich eine große Anzahl von Schwerverbrechern befindet, übergegriffen. Die Streikenden haben erklären lassen, daß sie durch ihre Maßnahme eine Ausdehnung der Amnestie auch auf wegen allgemeiner Straftaten Verurteilte erzwingen und die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit und der zuständigen Parlamente und Instanzen auf sich lenken wollen.

Im übrigen ist es aber in der Strafanstalt Sonnenburg zu keinerlei Zwischenfällen gekommen und die Gefangenen verrichten in gewohnter Weise die von ihnen auszuführenden Arbeiten. Wie wir vom Strafvollzugsamt beim Kammergericht hören, nimmt man dort an, daß sich die Gefangenen nach Abschluß der heutigen Verhandlungen über die Amnestie der politischen Häftlinge wieder beruhigen werden, wenn sie merken, daß eine Ausdehnung der Amnestie auf kriminelle Verbrecher nicht in Frage kommen kann. Aus diesem Grunde wird auch im Laufe des heutigen Tages noch von disziplinärischen Maßnahmen gegen die in den Hungerstreik getretenen Strafgefangenen seitens des Strafvollzugsamtes abgesehen werden.

— Die Abgeordneten der Bauernpartei als Hospitanten bei der Wirtschaftspartei. Die Mitglieder der Deutschen Bauernpartei im Reichstag haben sich jetzt der Deutschen Wirtschaftspartei als Hospitanten angeschlossen, um auch eine Vertretung in den Ausschüssen zu erlangen. Die Gruppe behält im übrigen ihre Selbständigkeit bei. Die Fraktion der Wirtschaftspartei zählt durch diese Zunahme nunmehr 31 Abgeordnete.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Praxis des Wirtschaftsrechts Nr. 1

Reparations- und Schulden-Konferenz in Paris.

Besprechungen zwischen Parker Gilbert, Strong und Mellon über den Dawes-Plan.

EP Paris, 13. Juli.

Der „Excelsior" hält es für wahrscheinlich, daß sich die gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré und Hüsch auf die Entwicklung des Dawesplanes bezogen haben. Im Laufe der nächsten Woche wird der Generalzahlungsagent Parker Gilbert in Paris eintreffen. Außerdem erwartet man die Ankunft des Gouverneurs der Federal Reserve Bank, Strong, und des Schatzsekretärs Mellon, die beide sicher wie alljährlich auch dieses Mal Poincaré besuchen werden. Parker Gilbert werde der Reparationskommission über seine Geschäftsführung im letzten Halbjahr Bericht erstatten und aller Wahrscheinlichkeit nach wieder mit Poincaré und Briand sowie Politikern und Finanzleuten Fühlung nehmen, die mit den direkt oder indirekt mit dem Dawesplan zusammenhängenden Problemen beschäftigt sind. Es sei damit zu rechnen, daß Deutschland in aller Kürze auf der Eröffnung von Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes und der Revision des Dawesplanes bestehen werde. Sowohl aus persönlichen Erwägungen heraus, wie aus allgemeinem Interesse wünsche Parker Gilbert, daß die an den Reparationen interessierten Mächte sobald wie möglich zu einer allgemeinen Regelung der Kriegsschulden schreiten.

Das Blatt weist weiter darauf hin, daß bei allen mit der Besetzung des Rheinlandes verbundenen Fragen die Vereinigten Staaten eine ausschlaggebende Rolle zu spielen haben werden. Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fänden jedoch erst im November statt und der neue Präsident übernehme erst sechs Monate nach den Wahlen sein Amt. Somit werde man nicht vor März des nächsten Jahres die Einstellung des offiziellen Amerika kennen lernen. Da die Bezahlung der von Frankreich aufgekauften amerikanischen Heeresbestände im August 1929 fällig werde, müsse die französische Regierung sich entweder damit abfinden, die 400 Millionen Dollar dieser Handelsschuld zu bezahlen oder das Abkommen Mellon—Berenger zu ratifizieren, so daß diese Zahlung in die französische Gesamtschuld einbezogen würde. Es sei damit zu rechnen, daß der französische Ministerpräsident vom Parlament die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens nur dann fordern werde, wenn er vorher die Zusicherung der amerikanischen Regierung erhalten habe, daß diese Genugtuung für den amerikanischen Senat lediglich ein Auftakt zu der Gesamtregelung der Kriegsschulden nach vorherige Verpflichtung after an den Reparationen interessierten Mächten darstellen solle.

Der „Gaulois" deutet den Besuch hervorragender amerikanischer und deutscher (?) Finanzleute dahin, daß offiziöse Besprechungen über den Dawesplan und eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden im Gange sei. Das Blatt bezeichnet als die Einstellung der französischen öffentlichen Meinung: keine Räumung des Rheinlandes ohne vorherige Regelung der Reparationen, keine Revision des Dawesplanes ohne allgemeine Kriegsschuldenregelung, keine Ratifizierung der Schuldenabkommen von Washington und London ohne die vorherige Zusicherung, daß alle miteinander zusammenhängenden politisch-wirtschaftlichen und finanziellen Fragen auch tatsächlich miteinander verbunden bleiben.

Wendung in der alliierten Schuldenfrage?

EP London, 13. Juli.

Nach einer Meldung der „Financial News" aus Paris, die sich auf Informationen aus letzter gut unterrichteter Quelle stützt, werden die Verhandlungen über die endgültige Regelung der interalliierten Schulden in naher Zukunft in ein endgültiges Stadium treten. Gewisse vorläufige Verhandlungen hätten bereits mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten eingesetzt. Die Verhandlungen gingen von dem Gesichtspunkt aus, daß die Abkommen Mellon-Berenger und Churchill-Caillaux keinerlei Aussicht auf Annahme im französischen Parlament hätten. Die neuen Besprechungen würden auf anderer Grundlage geführt als derjenigen, von der Caillaux seinerzeit ausgegangen sei. Poincaré sei bereit, namentlich hinsichtlich der Jahreszahlungen den Gläubigern Europas entgegenzukommen, wenn eine entsprechende Herabsetzung der Gesamtsumme eintreten würde.

Eine Ueberraschung im Reichstag in letzter Stunde.

Wollen die Sozialdemokraten die Amnestie vereiteln?

Justizminister Koch zur Amnestiefrage.

Man fängt (für parlamentarische Verhältnisse!" „frühzeitig" an, schon um 11 Uhr, um den der kühleren Luft der Berge oder der salzigen Meeresbrise oder auch nur dem stillen Frieden der häuslichen Penaten zustrebenden Volksvertretern das Erreichen der ersten Spätnachmittagszüge noch zu ermöglichen. Wider Erwarten beginnen die Beratungen nicht mit dem Fernstück der heutigen Tagesordnung, der Amnestie, sondern mit einer ganz erklecklichen Anzahl kleinerer Vorlagen, die noch zu erledigen sind: Ausdehnung der Unfallversicherung auf Krankenhäuser, Schau- und Lichtspielunternehmungen usw., Wartestand-Beamtenfragen, weitere Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms, Einstellung der Reichstagsuntersuchungen über die Ursache des Zusammenbruches usw. Man beeilt sich zwar zusehends, aber der viele Kleinkram hält doch auf. Es wird ½14 Uhr, ehe Herr Koch, der neue Justizgewaltige, seine Amnestierede vom Stapel lassen kann. Er faßte sich verhältnismäßig kurz, legte besonderen Nachdruck auf den verfassungsändernden Charakter des Gesetzes, wodurch die Ausdehnung der Reichsamnestie auf die Länder gerechtfertigt werde und konstatierte zum Schluß befriedigt die inzwischen eingetretene Befestigung des republikanischen Staatsgefühles, eine Tatsache, die niemand leugnen wird, an deren Herbeiführung Herr Koch aber völlig schuldlos ist.

Dann — die Aussprache hat kaum begonnen und der Kommunist Geschke hat eben den Deutschnationalen Oberling auf der Rednertribüne abgelöst — kommt es doch zu einer ziemlich unerwarteten Sensation. Genosse Geschke öffnet die Schleusen seiner Beredsamkeit und läßt auf die Sozialdemokraten einen Hagel von Beschimpfungen herniederregnen. Diese werden unruhig und ihre Unruhe steigert sich, je länger Herr Geschke spricht, zu tosendem Lärm. Schließlich tritt Geschke ab und sofort eilt der Sozialdemokrat Dittmann auf die Tribüne, um zum allgemeinen Erstaunen des Hauses ungefähr folgende Erklärung abzugeben: Die Sozialdemokratie habe damit gerechnet, daß sie von den Kommunisten beschimpft werden würde. Daß die Beschimpfungen aber einen derartigen Grad erreichen würden, wie in den Ausführungen des Abgeordneten Geschke, habe sie nicht erwartet. Die Sozialdemokratie bitte deshalb, ~~das Haus~~ um eine halbe Stunde zu unterbrechen, damit die Fraktion inzwischen beraten könne, ob sie unter diesen Umständen ihre Unterschrift auf dem Amnestieantrag noch aufrecht erhalten könne. — Tableau!

Wird nun die Sozialdemokratie ihre Unterschrift zurückziehen und damit in letzter Stunde die Annahme des Amnestiegesetzes möglicherweise noch vereiteln? Daß wäre zweifellos ein recht bezeichnender Abschluß für diesen Tagungsabschnitt des Reichstages, in dem sich die Arbeitsunfähigkeit des Parlaments ohnehin bereits sehr oft in fürstlem Lichte gezeigt hat.

Bei Redaktionsschluß war die Sitzung noch nicht wieder aufgenommen.

Die heutige Reichstagssitzung

eröffnete Präsident Löbe um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Entwurfs über die Verlängerung der Gesetzesdauer des Gesetzes betreffend die Nichtanrechnung der Wartestandszeit.

Abg. Gottheiner (Dntsch.) begründet eine Entschließung, in der die Reichsregierung ersucht wird, den Gesetzentwurf zur endgültigen Regelung der Wohlerworbenen Rechte der Beamten mit möglichster Beschleunigung vorzulegen.

Ministerialdirektor Dr. Lotsch teilt mit, daß der Regierungsentwurf über die Regelung der Rechtsverhältnisse, soweit es sich um die Anrechnung der Wartestandszeit handelt, eine Rückwirkung ab 1. April 1926 vorsehen wird.

Die Vorlage wird in dritter Beratung und in der Schlußabstimmung gegen Deutschnationale und Kommunisten angenommen. Die deutschnationale Entschließung wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung des internationalen Uebereinkommens über Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer bei Entschädigung aus Anlaß von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten in Verbindung mit einer Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, die den Kreis dieser Versicherung u. a. auf Feuerwehren, Rettungs- und Sanitätsdienst, Schauspiel- und Lichtspielunternehmungen usw. ausdehnt.

Abg. Frau Schröder (Soz.) begrüßt die Erweiterung der Unfallversicherung und fordert die Einbeziehung auch des Privatpflegepersonals, der Schwestern und Aerzte.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) verlangt Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Berufe.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß das Arbeitsministerium noch in der Sommerpause eine Denkschrift über den Ausbau der Unfallversicherung vorlegen werde.

Das internationale Uebereinkommen wird in allen drei Lesungen angenommen; die Novelle zur Unfallversicherung geht an den Ausschuß.

Zur Beratung steht dann ein Antrag der Deutschen Volkspartei, zur weiteren

Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms

wieder einen Reichstagsausschuß einzusetzen. Zentrum und Bayrische Volkspartei beantragen, mit größter Beschleunigung eine allgemeine Nachprüfung der Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens, um eine Verteinfachung des Verfahrens zu sichern und jede Schematisierung zu vermeiden. Bis zum Abschluß dieser Prüfung sollen neue Reichsmittel nicht hergegeben werden. Ein Reichstagsausschuß soll mit der Ausarbeitung neuer Richtlinien beauftragt werden.

Abg. Neberriey (Christl.-Nat. V. P.) wünscht Abänderungen des Notprogramms und fordert für seine Partei, obwohl sie keine Fraktionsstärke besitze, einen Sitz in dem zu bildenden Ausschuß. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent müsse sofort aufgehoben werden.

Abg. Schmidt-Stettin (Soz.) erklärt, es sei nicht die Aufgabe des Reiches, verkrachte Genossenschaften des Reichslandbundes ohne Ausnahme zu sanieren. Die Sozialdemokraten würden dem Antrag des Zentrums zustimmen.

Abg. Stubbendorf (Dnatl.) verlangt wirksame Fortführung des Notprogramms. Die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents würde für die Kleinbauern kein guter Dienst sein, da man gleichzeitig mit einer Senkung des Gefrierfleischzolles rechnen müsse.

Reichsernährungsminister Dietrich

stimmt der Einsetzung eines Ausschusses zu und empfiehlt, ihn als Ausschuß für alle landwirtschaftlichen Fragen auszubauen. Der Minister schlägt vor, die Anträge dem Ausschuß zur Prüfung zu überweisen und eine Entscheidung im Plenum über die Einzelheiten nicht zu treffen. Gegen eine Ueberprüfung der Richtlinien habe er keine Bedenken.

Die Anträge der Deutschen Volkspartei und des Zentrums werden angenommen. Der Anspruch der Christlich-Nationalen Bauernpartei auf einen Sitz in den Ausschuß wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung eines Antrages der Regierungsparteien, einen Untersuchungsausschuß zur Fortführung und Beendigung der Arbeiten des früheren Kriegsschuldenausschusses einzusetzen.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) begründet kurz den Antrag.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.) erklärt, der Ausschuß sei nur zur Täuschung des Volkes berechnet.

Der Antrag wird angenommen.

Die Verlängerung der Geltungsdauer des Steuerüberleitungsgesetzes bis September

Auch Frankreich stimmt vorbehaltlos zu.

Der „Weltfriede" auf dem Papier.

TU New-York, 13. Juli.

Nachdem sich die deutsche Regierung am Donnerstag bereiterklärt hat, den Kelloggvertrag in seiner jetzigen Gestalt zu unterzeichnen, hat der französische Botschafter in Washington, Claudel, Staatssekretär Kellogg mitgeteilt, daß Frankreich den Vertrag ebenfalls ohne Vorbehalte annimmt. Die französische Note wird dem amerikanischen Botschafter in Paris, Herrick, am Freitag übermittelt werden. Die Antworten zwölf weiterer Staaten werden in Washington in Kürze erwartet, so daß mit einer baldigen Unterzeichnung des Gesamtvertragswerkes zu rechnen ist.

Wie weiter aus Washington gemeldet wird, hofft man in amtlichen amerikanischen Kreisen, daß der Kriegsverzichtpakt Anfang August unterzeichnet werden kann.

TU Paris, 13. Juli.

Zu dem Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick bei Außenminister Briand am gestrigen Donnerstag, in dessen Verlauf Herrick Kenntnis von der französischen Antwort auf die letzte Kellogg-Note erhielt, verlautet, daß die französische Note voraussichtlich bereits am Freitag nach Washington übermittelt wird. In diplomatischen Kreisen wird lebhaft die Frage erörtert, ob nach der Annahme des Kellogg-Paktes durch Frankreich das englische Außenamt seine Vorbehalte bezüglich seines Interventionsrechtes in den Gebieten, deren Sicherheit und Wohlfahrt für Großbritannien eine Lebensfrage bedeute, aufrechterhalten wird.

Dem „Echo de Paris" zufolge sollen die juristischen Sachverständigen der französischen, englischen und deutschen Regierung bei ihren Berliner Besprechungen die Ansicht vertreten haben, das von England beanspruchte Interventionsrecht sei in dem von Kellogg zugestandenen Verteidigungsrecht enthalten. Die überraschende Schnelligkeit der französischen Antwort sucht nach Ansicht des Blattes Chamberlain die Hände in der Richtung zu binden, daß er nicht mehr auf seinen ursprünglichen Vorbehalten besteht.